

Petitionsausschuss

Die Vorsitzende
Carla Kniestedt, MdL

Herrn



Datum: 07.09.2021

**Ihre Petition vom 29.03.2021, eingegangen am 29.03.2021
Pet.-Nr. 1018/7**

Bildungspolitische Forderungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie

Sehr geehrter Herr ,

der Petitionsausschuss des Landtages Brandenburg hat sich in seiner 28. Sitzung am 7. September 2021 mit Ihrer vorbenannten Petition befasst. Dazu wurde das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport um Stellungnahme gebeten.

Bevor sich der Ausschuss zu Ihrem Anliegen äußert, möchte er für Ihr Engagement im Bereich Bildung danken. Nach Ansicht des Ausschusses herrscht Konsens darüber, dass die Covid-19-Pandemie auch den Bildungsbereich auf nahezu allen Ebenen vor große Herausforderungen gestellt hat. Richtig ist auch, dass nicht in allen Handlungsfeldern sofort die richtigen Antworten bzw. Lösungen gefunden wurden. Umso wichtiger erscheint die auch von Ihnen angesprochene Bestandsaufnahme bzw. Fehleranalyse sowie daraus abzuleitende Gestaltungs- bzw. Lösungsansätze.

Der für Bildung zuständige Fachausschuss des Landtages befasste sich seit seiner 4. Sitzung am 26. März 2020 in nahezu jeder seiner Sitzungen mit Themen, welche in Bezug zur Covid-19-Pandemie stehen. Hierzu lässt er sich vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport regelmäßig Bericht erstatten. Soweit erforderlich erfolgte auch eine Zusammenarbeit mit weiteren Ausschüssen, insbesondere dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Inhaltlich informieren Sie sich hierüber bitte auf der Internetseite des Bildungsausschusses unter www.landtag.brandenburg.de bzw. in der Parlamentsdokumentation des Landtages Brandenburg unter www.parlamentsdokumentation.de. Dort sind die einzelnen Tagesordnungen der Ausschusssitzungen sowie die dazu erstellten Protokolle abrufbar.

Hinsichtlich Ihrer Forderung nach „ressortübergreifender Betrachtung“ des Bereichs Bildung ist anzumerken, dass selbige in den regelmäßigen Kabinettsrunden der Landesregierung stattfindet. Allerdings ist es erforderlich, die Zuständigkeiten und die damit bestehenden Verantwortlichkeiten für den Bereich Bildung in einem Ressort zu bündeln. Das Bildungsministerium nimmt wiederum



am regelmäßigen Austausch in der Kultusministerkonferenz teil, um gemeinsam die weiteren Schritte zwischen den einzelnen Bundesländern abzustimmen. Es besteht zwischen allen Bundesländern Einvernehmen, dass die Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche bei allen weiteren Maßnahmen prioritär zu berücksichtigen sind. Dazu planen der Bund und die Länder ein umfangreiches Programm, damit die Schülerinnen und Schüler entstandene Lernrückstände aufholen können. Am 8. Juli 2021 hat der Haushaltsausschuss des Landtages Brandenburg für die Kofinanzierung von Bundesmitteln für ein Corona-Aufholprogramm gestimmt. Das Programm soll neben dem Aufholen von Lernrückständen auch sozialpädagogische Unterstützung für Kinder und Jugendliche sowie mehr Ferien- und Freizeitangebote umfassen.

In Vorbereitung auf das Schuljahr 2021/2022 erarbeitete das Bildungsministerium im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Programm des Bundes - aber auch darüber hinaus - verschiedene Maßnahmen, die auf der einen Seite die Pandemie bedingt eingetretenen Lernrückstände bei den Schülerinnen und Schülern reduzieren und auf der anderen Seite den Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen faire Rahmenbedingungen für das Erreichen ihrer Schulabschlüsse gewährleisten sollen.

Nach Auskunft des Ministeriums bilden systematische Lernstandserhebungen mit geeigneten Testmaterialien und Diagnoseinstrumenten hierfür die Grundlage. Auch im Schuljahr 2021/2022 erfolgt in den ersten Unterrichtswochen die Erhebung der Lernausgangslage in allen Jahrgangsstufen in der Primar- und Sekundarstufe I sowie der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe. Die Ergebnisse der Lernstandserhebungen sollen dann nicht nur gezielt für den Abbau pandemiebedingter Lernrückstände in den Kernfächern und -kompetenzen eingesetzt werden, sondern auch in die Umsetzung und Weiterentwicklung schulischer Zielsetzungen einfließen. Als Unterstützung der Schulen in diesem Prozess erarbeitet das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin/Brandenburg curriculare Schwerpunktsetzungen für den Unterricht in den einzelnen Fächern. Eine Veränderung des Rahmenlehrplans ist damit allerdings nicht verbunden und auch nicht geplant, so das Ministerium.

Die bereits benannten Lernstandserhebungen waren bereits vor der Pandemie und werden auch nach dem Schuljahr 2021/2022 wesentlicher Bestandteil der Standardsicherung in den Schulen des Landes Brandenburg sein. Neben Lernstandserhebungen stehen den Schulen auch Vergleichsarbeiten in verschiedenen Jahrgangsstufen, Sprachstandsmessungen für unterschiedliche Altersgruppen sowie Leistungsvergleichsuntersuchungen zur Verfügung. Die Auswertung der Ergebnisse ist nicht nur Grundlage für die schulinterne Qualitätsentwicklung, sondern auch für die weiteren Prozesse für die Weiterentwicklung des Bildungssystems.

Der Ausschuss hofft, Ihnen hiermit einen Überblick zu den ergriffenen und geplanten Maßnahmen hinsichtlich der von Ihnen skizzierten Forderungen gegeben zu haben und schließt damit die Bearbeitung Ihrer Petition ab.

Mit freundlichen Grüßen



Carla Kniestedt